

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 99 (2024)
Heft: 10

Artikel: NATO : 75 Jahre Einsatz für Sicherheit und Freiheit
Autor: Kürsener, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1063151>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

NATO: 75 Jahre Einsatz für Sicherheit und Freiheit

Das westliche Verteidigungsbündnis – offiziell North Atlantic Treaty Organization NATO, auch als Nordatlantikpakt oder Washingtoner Vertrag bezeichnet – hat dieses Jahr mit einem grossen Jubiläumsfestakt in Washington D.C. sein 75-jähriges Bestehen gefeiert.

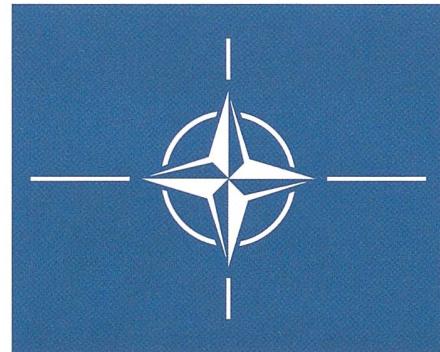
Jürg Kürsener

Am 4. April 1949 hatten die Aussenminister von 12 europäischen und nordamerikanischen Nationen den Vertrag unterzeichnet. Innerhalb von nur fünf Monaten war er von allen Parlamenten ratifiziert. Bis 2024 ist die Zahl der NATO-Mitglieder auf 32 gestiegen.

Der Kalte Krieg und die NATO

George Kennan, der US Botschafter in Moskau, warnte in seinem berühmten «Langen Telegramm» 1946 vor der Sowjetunion, die keine friedlichen Absichten habe

und der mit einer Eindämmungsstrategie («Containment») begegnet werden müsse. Auch Winston Churchill warnte in seiner berühmten Rede vom 5. März 1946 im amerikanischen Fulton (Missouri) vor der UdSSR, die einen neuen «Eisernen Vorhang» errichte, der über Europa falle. 1948 stürzte die KP der Tschechoslowakei mit Unterstützung der UdSSR die demokratisch gewählte Regierung. Am 24. Juni 1948 versuchte Stalin, mit einer Blockade Westberlin gefügig zu machen. Mit einer gigantischen Luftbrücke gelang es den Alliierten, die Stadt mit den wesentlichen Gütern inklusive Kohle zu versorgen, und dies bis zum 12. Mai 1949. Dann hoben die Sowjets die Blockade auf. Westberlin war gerettet.



Das Logo der NATO.

Es gab noch weitere, wenn auch etwas weniger bekannte Gründe, die zur Schaffung der NATO geführt haben. Mit der NATO und der militärischen US Präsenz auf dem alten Kontinent sollte auch einem allfälligen Wiedererwachen eines nationalistischen Militarismus entgegengewirkt und ferner mit der NATO die politische Integration Europas gefördert werden.

Die ersten Atomversuche der UdSSR 1949 und der Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 verdüsterten zunehmend die Aussichten auf eine friedliche Welt. Der Kalte Krieg war lanciert. Griechenland und die Türkei zogen daraus ihre Konsequenzen und beantragten den Beitritt zur Allianz. Die NATO selber zog auch ihre

Die Gründung der NATO

Die Gründung der NATO war Ausdruck eines tiefen Unbehagens des Westens gegenüber den Nachkriegsentwicklungen in Osteuropa und insbesondere gegenüber dem Verhalten Stalins. Dieser hatte, im Gegensatz zu den USA und anderen westlichen Staaten, nach Abschluss des Zweiten Weltkrieges nicht abgerüstet. Stalin behielt rund sechs Millionen Soldaten unter den Waffen, die USA hatten ihren Kriegsbestand von fünf Millionen auf 880 000 reduziert. Demokratische Regungen in Osteuropa wurden von Stalin rücksichtslos erstickt. Die Sowjets erhoben 1946 Anspruch auf die Kontrolle der Meerengen von Bosporus und Dardanellen, im selben Jahr drohte in Griechenland ein von den Kommunisten gesteuerter Umsturz.



Ab 24. Juni 1948 versuchte Stalin, mit einer Blockade Westberlin gefügig zu machen. Die alliierten «Rosinenbomber» wie hier diese DC-6 flogen während 11 Monaten alle lebenswichtigen Güter von Westdeutschland durch drei Korridore nach Westberlin.



Die Gründung der NATO am 4. April 1949 in Washington, D.C., unterschrieben von 12 Aussenministern.

Folgerungen und schuf erst jetzt die militärischen Kommandostrukturen mit einem Hauptquartier bei Paris (Supreme Headquarters Allied Powers Europe). Der erste Oberbefehlshaber der NATO war General Dwight D. Eisenhower.

Erst jetzt wurde auch der erste Generalsekretär der NATO, der Brite Lord Ismay, ernannt. Um sich die Finanzen für grosse konventionelle Streitkräfte zu ersparen, basierte die Doktrin der NATO, eigentlich der USA, auf der sogenannten «Massiven Vergeltung».

Mit anderen Worten sollte ein Angriff durch die UdSSR unverzüglich mit der ganzen Wucht einer atomaren Vergeltung beantwortet werden.

Am 9. Mai 1955 wurde Westdeutschland in die NATO aufgenommen, was eine knappe Woche später als Reaktion zur Gründung des Warschauer Vertrages (Warschauer Pakt - WAPA) mit acht Staaten führte, nämlich mit der UdSSR, Albanien, Polen, Rumänien, Ungarn, DDR, Tschechoslowakei und Bulgarien.

Westdeutschland hatte angesichts der weltpolitischen Lage - die Niederschlagung des Aufstandes 1953 in Ostberlin durch Moskau spielte hier mit - den Schutz innerhalb der westlichen Wertegemeinschaft gesucht, und diese wiederum hatte ein Interesse daran, Westdeutschland einzubinden. Die UdSSR ihrerseits argumentierte bei der Schaffung des

WAPA damit, dass sie sich nun durch den Beitritt Deutschlands zur NATO bedroht fühle.

Krisen und Flexible Response

Die Suezkrise 1956 (im gleichen Jahr schlugen die Sowjets in Ungarn demokratische Regungen brutal zusammen) zeigte auf, dass der politische Konsultationsprozess innerhalb der NATO bisher zu kurz gekommen war. Damals standen sich NATO-Mitglieder als Gegner gegenüber, auf der einen Seite die USA, auf der anderen Großbritannien und Frankreich mit

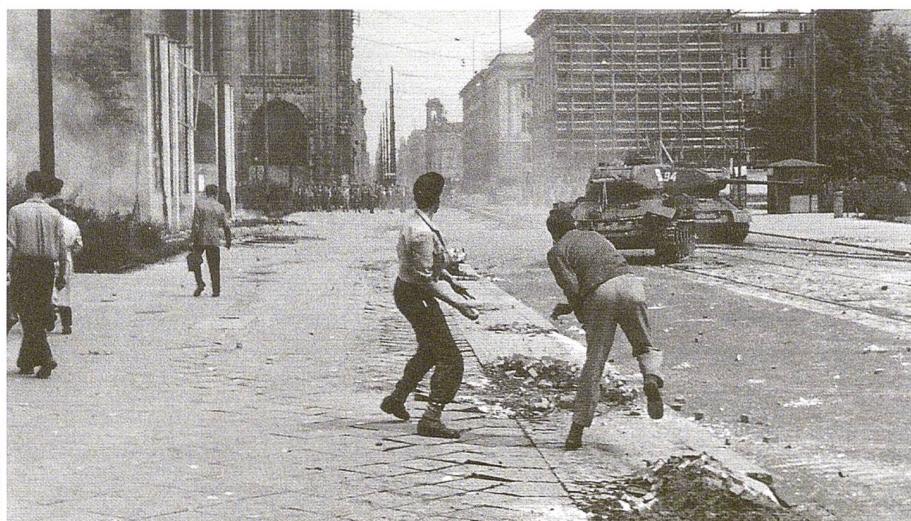


Bild: Internet

Im Juni 1953 erheben sich in Ostberlin und anderen Städten Zehntausende gegen das Diktat ihrer Führung unter Ulbricht. Die Sowjets walzen den Aufstand mit Panzern nieder.



Bild: US Army

Die Amerikaner stationieren anfangs der 70er Jahre mit Atomsprengköpfen versehene Lance-Raketen (Reichweite bis 120 km) in der Bundesrepublik Deutschland.



1961 schikaniert die DDR erneut westliche Diplomaten, mit Unterstützung der Sowjets. Die USA fahren am Checkpoint Charlie in Westberlin Kampfpanzer des Typs M-48 auf, auf der Gegenseite rollen sowjetische T-54 Kampfpanzer in Stellung. Eine gefährliche Konfrontation des Kalten Krieges.

Israel. So etwas sollte jetzt durch bessere Absprachen vermieden werden.

Die 60er Jahre waren eine bewegte Zeit. Staatspräsident de Gaulle kündigte den Rückzug Frankreichs aus den militärischen Strukturen der NATO an, worauf das Hauptquartier nach Casteau in Belgien verlegt werden musste. Spannungen um Berlin, der Mauerbau 1961 und die Kubakrise 1962 führten dazu, dass der deutsche Kanzler Brandt mit seiner Ostpolitik die Spannungen zu entkräften suchte, Präsident Kennedy seinerseits implementierte die neue Strategie der «Flexible Response», mit welcher der nukleare Horror relativiert werden sollte. Derzufolge sollte die NATO nun in einer ersten Phase eines Konfliktes mit angemessenen konventionellen Streitkräften reagieren und erst dann, bei einer drohenden Niederlage, mit der «Deliberate Escalation», also mit dem stufenweisen Einsatz angemessener nuklearer Mittel drohen («Vorbedachte Eskalation»). Parallel zu diesen Entwicklungen sollte auch der gegenseitige Dialog im Rahmen der Détente aufgenommen, bzw. verstärkt werden. Dieser Prozess führte 1975 in Helsinki zum Abschluss der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), welche u.a. die Unverletzlichkeit der Grenzen festhielt. Ein Folgeanlass führte 1986 in Stockholm zum Abschluss der Konferenz über Vertrauensbildende Massnahmen und Abrüstung (KVAE). Letztere legte nicht nur einen Gewaltverzicht fest, sondern machte u.a. konkrete Vorgaben für das Verhalten der Unterzeichnerstaaten bei Grossmanövern. So waren diese Übungen anzumelden und Beobachter einzuladen. Alles Grundsätze, die - wie sich in den letzten Jahren zeigen sollte - in Europa beispielsweise mit dem russischen Überfall auf die Ukraine straflich verletzt wurden.



Bild: Image Network GmbH, Berlin

Die NATO führt auch im hohen Norden regelmässig Grossmanöver durch, wie hier während «Teamwork 1992» in Nordnorwegen, wo Royal Marines mit ihren Schneefahrzeugen des schwedischen Typs Bandvagn 206 in den Einsatz gehen.

Der Einmarsch der Sowjets 1979 in Afghanistan und die Stationierung von ballistischen Raketen des Typs SS-20 in der DDR, welche die Nachrüstung und Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing II Raketen in Westeuropa auslöste, führten zur Beendigung der Détente. Das nun demokratische Spanien suchte 1982 den Anschluss an die NATO. Nicht zuletzt wegen dem neuen sowjetischen Premierminister Gorbatschow kam es dann 1987 zum INF-Vertrag («Intermediate Nuclear Forces»-Treaty), welcher alle nuklearen Raketen und Marschflugkörper aus Europa verbannte. Aus heutiger Sicht wird dies als Anfang vom Ende des Kalten Krieges gesehen. Dieser ist allerdings seit der russischen Annexion der Krim 2014 und dem brutalen Angriff Putins auf die Ukraine 2022 wieder entbrannt. Russland hat massgeblich dazu beigetragen, unter anderem 2018 mit seiner Stationierung von Iskander Raketen im Oblast Kaliningrad, mit welchen es den INF-Vertrag krass verletzt hat und heute die Ukraine angreift. Der INF-Vertrag wurde in der Folge von den USA gekündigt.

NATO und fragwürdige Einsätze

Nach dem Terroranschlag der Al Kaida auf Ziele in den USA vom 11. September 2001 hat die NATO erstmals in ihrer Geschichte das Kernstück des Vertrages, den Artikel 5, angewendet und zugleich eine Transformation, nämlich die Ausrichtung ihrer Doktrin auf den «Global War on Terrorism» (GWOT), eingeleitet. Dieser Artikel sieht vor, dass die Allianz bei einem Angriff auf eines ihrer Mitglieder solidarisch und kollektiv reagiert. In der Folge haben sich zahlreiche NATO-Staaten in einem nicht unumstrittenen Einsatz im Rahmen der «International Security Assis-

tance Force» (ISAF) in Afghanistan während Jahren am Kampf gegen den Terror engagiert. Dies war durch den Beschluss des UN-Sicherheitsrates mit der Resolution 1386 möglich geworden. Die Operation dauerte bis 2021, als Präsident Biden überstürzt und zur Überraschung der Bündnispartner den teils chaotischen Abzug angeordnet hat. Dieser nicht abgesprochene Entscheid hat, wie in anderen Fällen auch, innerhalb der Allianz zu einer grossen Verärgerung und Verunsicherung geführt. Der NATO war ohnehin vorgeworfen worden, in Afghanistan, wie auch in Libyen 2011 und im Balkankonflikt Einsätze geführt zu haben, die mit der ursprünglichen Aufgabe der Allianz nichts mehr zu tun hätten. Kritische Kreise waffen ihr zudem vor, mit diesen Einsätzen eine Aufgabe gesucht zu haben, weil ihr in Europa nach 1989 die Hauptaufgabe abhanden gekommen sei. Die Präsidenten Macron («NATO ist hirntot») und Trump, der die NATO und insbesondere die Rolle der USA in der Allianz in Frage stellte (bei einer Wahl im November 2024 wieder stellen wird?), haben ihrerseits zu einer beträchtlichen Sinnkrise der Allianz beigetragen.

Dies hat ab 2008, 2014 und vor allem ab 2022 schlagartig geändert. Seither stellt die Allianz den Verteidigungsauftrag wieder ins Zentrum ihrer Aufgaben, so wie das ab 1949 eigentlich geplant war. Ergänzt wird diese neue Ausrichtung mit verstärkten Anstrengungen zur Abwehr von Cyberangriffen, der Desinformation und subversiven Aktionen, vor allem aus Russland.

Russland hat es nie verwunden, vor allem Putin nicht, dass diese ehemaligen Verbündeten im WAPA ihre Zukunft nun im Westen suchen. Der ehemalige KGB-Offizier hat bereits 2007 an der Sicher-

Bild: Jürg Kursener

«Sündenfall der NATO»

Die NATO hat sich in den 90er Jahren in Einsätze eingelassen, die mit ihrem ursprünglichen Zweck, vor allem jenem dem Artikel 5 des Vertrages, nur schwer zu begründen waren. In den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien hat sie zur Unterstützung der UN-Anstrengungen («Allied Force») eingegriffen und dies damit begründet, dass sich der dortige Bürgerkrieg zu einem Aggressionskrieg mit ethnischen Säuberungen entwickelt habe. Vor allem der neuntägige Luftkrieg 1995 stiess weitherum auf Kritik,

obwohl dieser letztlich zur Beendigung des Konfliktes geführt hatte («Sündenfall der NATO»). Um dem Dayton Friedensabkommen Nachahmung zu verschaffen, stellte die NATO in der Folge bis zu 60 000 Soldaten in das von der UN mandatierte multinationale Kontingent ab, welches 2004 von der Europäischen Union übernommen wurde. Ihr Charakter hatte sich von einer Verteidigungsallianz gewandelt und nun eher der Rolle einer Stabilisierungskraft zugewendet.

heitspolitischen Konferenz in München mit harten verbalen Attacken auf die NATO angekündigt, was von ihm später zu erwarten war. Nur hat es damals niemand so richtig ernst genommen. Das Signal war aber deutlich und ein Indiz dafür, was der «neue Zar» im Kreml sich für die Zukunft vorstellt, nämlich die Wiederherstellung der Sowjetunion, möglichst in ihren alten Grenzen.

Folgen des Ukrainekrieges

Ein Jahr später folgte der Krieg mit Georgien, 2014 die Annexion der Krim und 2022 der Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dieser brutale Terrorkrieg, mit umfassenden Zerstörungen der zivilen Infrastruktur und feigen Angriffen gegen die zivile Bevölkerung, hat in Europa deutliche Spuren hinterlassen. Die Baltischen Staaten, Polen und die anderen neuen NATO-Mitglieder Osteuropas sehen sich in ihren Ängsten vor Putin bestärkt. Die NATO besinnt sich wieder auf ihren ursprünglichen Auftrag, die Bündnisverteidigung. Viele Nationen haben realisiert, dass ihre weitgehenden Friedensdividenden ein Fehler waren, Finnland und Schweden sind der NATO beigetreten, was nicht zuletzt die territoriale Kohäsion der Allianz fördert.

Die Angst vor Putin und der Krieg gegen die Ukraine haben den Ruf bei den neuen NATO-Staaten nach Garantien und militärischer Präsenz alliierter Truppen verstärkt.

Am NATO-Gipfel 2016 in Warschau wurde von den Staatschefs beschlossen, eine solche Präsenz für den Nordosten und Südosten der NATO zu schaffen, ein

kowo (Polen) wie in Rumänien auch sind inzwischen moderne, zur ballistischen Raketenabwehr bestimmte «Aegis» Systeme, eigentlich ein sonst zur See auf Kampfschiffen stationiertes Luftabwehrsystem, operationell geworden.

Die Multinationalen Divisions-Hauptquartiere «Zentrum» mit HQ in Szekesfehervar (Ungarn) und «Südost» mit HQ in Bukarest (Rumänien) unterstützen die Einsätze der anderen vier Kampfgruppen. Die NATO hat des Weiteren beschlossen, die Verstärkung der acht Kampfgruppen mit zusätzlich eingelagertem Material und Waffen, mit zusätzlichen Mitteln der Luftverteidigung und mit verbesserten Führungseinrichtungen hochzufahren. Fliegerverbände der Alliierten übernehmen seit Jahren die Luftpolizeiaufgaben im Baltikum.

Während den acht Kampfgruppen in den neuen NATO-Staaten Osteuropas vor allem die Funktion eines «Stolperdrahts» zukommt, der also die Auslösung des Artikels 5 bewirken soll, hat die Allianz namhafte Kräfte geschaffen, die zur raschen Verlegung und Hauptverteidigung im Angriffsfall bereitstehen sollen. Bisher war dies die multinationale, etwa 40 000 Personen starke «NATO Response Force» (NRF), die 2024 im grossen NATO-Manöver «Steadfast Defender 24» mit insgesamt 90 000 teilnehmenden Truppen beübt wurde.



Die NATO setzt zur Durchsetzung des Dayton-Abkommens Truppen im Rahmen der KFOR im früheren Jugoslawien ein.